



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzeitungsnummer 296. Insertionsgebühr für die Zeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redakteur: H. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 21

Charlottenburg, den 22. Mai 1908

30. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!

Die Stellung der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Gesetzgebung*.)

Von Carl Legien = Berlin.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Gewerkschaften bedürfen einer Vertretung im Reichstag nicht nur, um die sozialpolitische Gesetzgebung ihren Wünschen entsprechend zu gestalten, das durch den wirtschaftlichen Kampf Errungene durch die Gesetzgebung zu sichern und die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben zu erleichtern, sondern auch, um eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter durch andere Gesetze, wie beispielsweise den Zolltarif, abzuwehren. Diese Vertretung können sie nur in der sozialdemokratischen Partei haben. Das ergibt sich, ganz abgesehen von der prinzipiellen Stellung, aus den Beratungen des Reichstags über die sozialpolitischen Gesetzentwürfe. Das wird und muß auch in aller Zukunft so bleiben, denn in den Grundgedanken, wie in den Gegenwartsforderungen decken sich die Bestrebungen der Gewerkschaften mit denen der sozialdemokratischen Partei. Dieser Umstand beeinträchtigt den von den Gewerkschaften eingenommenen Standpunkt der Neutralität in parteipolitischen Fragen keineswegs. Das die Gewerkschaften ohne eine Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft nicht dauernd erfolgreich arbeiten können, ist nach den Erfahrungen, welche aus der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe zu ziehen sind, für jeden halbwegs verständigen Menschen klar. Daß diese Vertretung prinzipiell und taktisch den Anschauungen, welche im Gewerkschaftsleben zur Geltung kommen, entsprechen muß, ist ebenso selbstverständlich. Wäre diese Vertretung in der sozialdemokratischen Partei nicht gegeben, so müßte sie geschaffen werden. Die Neutralität der Gewerkschaften darf nicht so aufgefaßt werden, daß diese es abzulehnen haben, irgendeiner Partei im Reichstag ihre politische Vertretung zu sehen, sondern sie ist nur da-

hin zu betätigen, daß von den der Gewerkschaft Beitretenden ein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis nicht verlangt und auf die Mitglieder kein Druck ausgeübt wird, einer bestimmten politischen oder religiösen Anschauung sich anzuschließen. Die Gewerkschaften sollen allen Arbeitern, gleichviel, zu welcher politischen oder religiösen Richtung diese sich bekennen, offen stehen, es wäre aber unlogisch, wollten die Gewerkschaften nicht einer bestimmten politischen Partei die Wahrnehmung der Interessen in der gesetzgebenden Körperschaft anvertrauen. Ebenso unlogisch ist aber auch die Idee, durch Normierung von besonderen Gewerkschaftskandidaten eine eigene reine Arbeiterpartei zu bilden, deren Vertreter für die Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen zu wirken haben, ohne den weitergehenden Bestrebungen der politisch reifen Arbeiterschaft Beachtung zu schenken. Es kann nur eine Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstag geben, weil es nur einheitliche in der Gegenwart zu erfüllende Forderungen der Arbeiter geben können. Diese zur Geltung und Durchführung zu bringen, ist Aufgabe der Vertreter im Reichstag, eine Aufgabe, deren Erfüllung sich die sozialdemokratische Fraktion stets angelegen sein ließ, so daß nicht einzusehen ist, wenn mit der Entsendung besonderer Gewerkschaftsvertreter gebient werden soll. Es mag bei den ganz vereinzelt auftauchenden Anhängern dieser Idee der Gedanke leitend sein, daß dadurch eine größere Zahl unmittelbar aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Vertreter ins Parlament könnten würde. Dem steht aber weder das Programm, noch die Taktik der sozialdemokratischen Partei entgegen; im Gegenteil, beides spricht für weitestgehende Heranziehung solcher Vertreter. Ist diese nicht in ausreichendem Maße erfolgt, so liegt die Schuld einzig und allein bei den Arbeitern. Aus der Arbeiterbewegung gehen Persönlichkeiten hervor, die, ohne die Eigenschaften des be-

rühmten schlichten Mannes aus der Werkstatt zu haben, die Fähigkeit besitzen, ihre Klassengenossen im Parlament vertreten zu können. Sie werden sicher in der Erfüllung ihrer Aufgaben den akademisch gebildeten Genossen nichts nachgeben. Man braucht nur die Arbeiterparlamente zu beobachten, die Generalversammlungen der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die alljährlich in großer Zahl tagen, und man wird erkennen, daß sehr brauchbare Kräfte in den Kreisen der Arbeiter vorhanden sind, die ebenso gute Gewerkschafter als Sozialdemokraten sind. Wenn die Genossen vielfach der Meinung sind, daß nur ein mit Namen und Titel versehener Kandidat einen Reichstagswahlkreis würdig vertreten kann, so muß man sich mit dieser Meinung abfinden, bis die Erkenntnis kommt, daß Namen und Titel es nicht sind, die einen brauchbaren Arbeitervertreter im Reichstag machen. Jeder Versuch, neben der sozialdemokratischen Parteivertretung eine andere Arbeitervertretung im Reichstag zu schaffen, kann nur den Gegnern der Arbeiterbewegung, der politischen wie der gewerkschaftlichen, Vorteil bringen. Für die Arbeiter selbst würde sie eine Zersplitterung der Kräfte und eine wesentliche Herabminderung ihres Einflusses in der Gesetzgebung bedeuten. Glücklicherweise liegt kein Grund zu Befürchtung vor, in Deutschland könne einmal der Zustand eintreten, daß von der Arbeiterschaft gewählte Parlamentsvertreter nicht ein und derselben Partei, der der proletarischen Klassenpartei, angehören.

Von der Anschauung, das die sozialdemokratische Partei die Vertretung der Gewerkschaften im Parlament bildet, wird die Arbeiterschaft auch dadurch nicht abgebracht werden, daß man an maßgebender Stelle den Scheln zu erwecken sucht, als hätte man Sympathie für die Gewerkschaftsorganisationen, als würde man deren Forderungen nachgeben, wenn die Arbeiter sich von der sozialdemokratischen Partei lossagen würden.

Thatsache ist ja, daß in den letzten zwei Jahren den Gewerkschaften von Seiten der Regierung größeres Entgegenkommen, oder richtiger: nicht mehr eine absolute Ablehnung, gezeigt ist. Die Anwesenheit von Regierungsvertretern auf dem letzten Gewerkschaftskongress, trotz Aufstellung der Büsten der Revolutionäre Marx und Lassalle, sowie die Heranziehung der Gewerkschaften zu den statistischen Aufnahmen seitens des reichsstatistischen Amtes ist geeignet, den Schein zu erwecken, als wolle man die Gewerkschaften als berechnete Institutionen anerkennen. So hat zum Beispiel am 12. März dieses Jahres im reichsstatistischen Amt unter dem Vorsitz des Präsidenten Wilhelmi eine Konferenz der Vorsitzenden der in Berlin domicilierenden Verbände, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, und eines Vertreters der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands getagt. Es handelte sich um die Verathung der Grundlagen für eine regelmäßige Statistik über die Zahl der Arbeitslosen und die Summe der gezahlten Arbeitslosenunterstützung dieser Verbände. Es sind dies Vorgänge, die wesentlich abstecken von der Haltung der Regierung bei Begründung der noch nicht vier Jahre zurückliegenden sogenannten Zucht-hausvorlage. Diese mit den Gewerkschaften angebahnte Verbindung kann doch nur unter Zustimmung der Regierung erfolgen, und sie erfolgt unter Leitung desselben Staatssekretärs, der 1899 jene Vorlage, mit der die Gewerkschaften erdrückt werden sollten, verteidigte. Dieser Umstand dürfte aber auch geeignet sein, vorläufig nicht allzu optimistische Hoffnungen aufkommen zu lassen. Vor einem Wechsel der Anschauung in Regierungskreisen sind wir nicht sicher. Allerdings, auf die Dauer läßt sich eine Ignorierung der Gewerkschaften nicht aufrechterhalten. Sobald das Reich Arbeiterstatistik treiben will, ist es auf die Mithilfe der Gewerkschaften angewiesen. Die Inanspruchnahme der Gewerkschaften beruht auch nicht auf einer veränderten Haltung dieser Organisationen, sondern einfach darauf, daß diese sich zu einer Macht entwickelt haben, die man nicht übergehen kann.

Aber noch ein anderer Umstand giebt zu Bedenken Anlaß. Auf der einen Seite unterhandelt die Regierung resp. eine ihr unterstellte Reichsbehörde mit den Gewerkschaften, als wären diese vom Staate anerkannte Organisationen, und auf der anderen Seite sieht man ruhig zu, wie diese Organisationen durch die Polizeibehörden in unglaublicher Weise behandelt werden. Den Gewerkschaften eine rechtliche Basis zu geben, fällt der Regierung nicht ein, obgleich Anregungen dazu aus der Mitte des Reichstags in genügender Maße gekommen sind. Der Einwand, daß die Belästigung der Gewerkschaften durch die Landesbehörden auf Grund der Landesgesetze erfolgt, kann — abgesehen davon, daß eine reichsseitige Regelung der betreffenden Gesetzesmaterie nicht nur möglich, sondern durch die Reichsverfassung direkt geboten ist — schon darum nicht stichhaltig sein, weil die Regierung des Reiches und die Regierung des Bundesstaates, in welchem diese Belästigungen hauptsächlich erfolgen, ein und dieselbe ist.

Die Gewerkschaften haben alle Ursache, durch die Anzeichen, welche auf eine veränderte Haltung der Regierung gegenüber den Organisationen schließen lassen, sich nicht in den Glauben wiegen zu lassen, die Aera der vollen Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sei bereits gekommen. Diese Anerkennung wird kommen; aber es ist durchaus falsch, wenn man glaubt, sie würde durch eine Aenderung der prinzipiellen

und taktischen Haltung der Gewerkschaften schneller herbeigeführt werden. Nicht dadurch wird diese Anerkennung erfolgen, sondern durch die Macht, welche die Gewerkschaften durch äußere Ausdehnung und innere Festigkeit zu repräsentieren vermögen.

Die Gewerkschaften bedürfen der sozialpolitischen Gesetzgebung zur Lösung ihrer Aufgaben. Den Wünschen der Gewerkschaften entsprechend ist diese Gesetzgebung nur von der sozialdemokratischen Fraktion befürwortet worden, nur diese hat sie wirklich durchzuführen versucht. Daher können die Gewerkschaften nur in der sozialdemokratischen Fraktion ihre politische Vertretung sehen. Eine Aenderung dieser Auffassung darf im eigensten Interesse der Gewerkschaften nicht eintreten, und sie kann nicht eintreten, weil die überwiegende Mehrzahl der wahlberechtigten Gewerkschaftsmitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören oder wenigstens sozialdemokratische Kandidaten für den Reichstag wählen. Die Gewerkschaften als solche sollen nicht in parteipolitischen Fragen Stellung nehmen, sie sollen aber ihre Mitglieder darüber belehren, welche Bedeutung die Sozialpolitik für die Gewerkschaftsbewegung hat und welche Haltung die einzelnen Parteien bei wichtigen sozialpolitischen Fragen eingenommen haben. Es wird sich dann ergeben, daß sich die sozialdemokratische Partei nicht durch einen besonderen Beschluß, wohl aber durch ihre Praxis, durch die Thätigkeit ihrer Vertreter im Reichstag, thätlich als Vertreterin der Gewerkschaftsforderungen darstellt. Die Schlussfolgerung aus dieser Darstellung zu ziehen, mögen die Gewerkschaften den Mitgliedern überlassen. Die Gegner unserer modernen Arbeiterbewegung mögen sich dann darüber ereifern, daß die Gewerkschaften nicht politisch neutral sind. Wir verlangen von diesen Gegnern nur, daß sie in den Organisationen, die sich auch als Gewerkschaften bezeichnen, in gleicher Weise verfahren. Das werden sie wahrscheinlich nicht thun, weil sie dann die Absichten, die sie mit der Gründung von Gegenorganisationen gegenüber den Gewerkschaften verfolgen, nicht erreichen würden. Die Gewerkschaften sollen und werden sich aber von ihrer bisherigen taktischen Haltung und den Anschauungen über ihre politische Vertretung nicht abbringen lassen, weder durch anscheinend veränderte Haltung der Regierung, noch durch das Raisonnement der Gegner über vermeintliche Verletzung der Neutralität.

Das Glend unserer Juristerei.

Von Brutus.

Abgesehen von den Verwaltungsbehörden sind die Juristen, die Hüter der Gerechtigkeit, diejenigen Leute, die der mächtig anstrebenden Arbeiterbewegung am meisten hindernd in den Weg treten. Die Arbeiterzeitungen wimmeln von Gerichtsurteilen, die den Beweis dafür liefern, daß es den heutigen Juristen nicht nur an Verständnis für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter, sondern auch an der Fähigkeit mangelt, diesen Bestrebungen unparteiisch gegenüber zu treten. Die deutschen Arbeiter haben schon seit langem die Ueberzeugung gewonnen, daß es mit der Rechtsprechung arg hapert und die Unparteilichkeit des Richterstandes ist bei ihnen längst zur Legende geworden. Das Wort „Klassenjustiz“ hat sich bereits in den Sprachschatz der Arbeiterpresse eingebürgert und jeder Tag bringt neue Beweise dafür, daß eine tiefe Kluft vorhanden ist zwischen den Erkenntnissen der Gerichte und dem Rechtsbewußtsein des Volkes. Aber

nicht nur die Arbeiter führen Klage darüber, daß die Juristerei gewissermaßen zu einer Landplage geworden sei, sondern auch Angehörige der besitzenden und gebildeten Klasse haben sich mißbilligend darüber ausgesprochen.

Neuerdings hat nun gar ein Mitglied des Juristenstandes selbst das Thema von der deutschen Juristerei behandelt und zwar ist dies geschehen in der ältesten und angesehensten konservativen Wochenschrift „Die Grenzboten“, wodurch die Ausführungen des betreffenden Verfassers ein um so größeres Gewicht bekommen.

Einleitend führt der Verfasser folgendes aus: „Wer die Tageszeitungen wie die juristische Fachliteratur des letzten Jahrzehnts mit kritischem Auge verfolgt hat, der weiß, daß sich in immer steigendem Maße ein Gefühl der Unbehaglichkeit und Unzufriedenheit in Bezug auf unsere Rechtspflege Bahn gebrochen und überhand genommen hat und zwar keineswegs nur in den Kreisen der grundsätzlichen Opposition, sondern auch in den Kreisen der Eingeweihten, in denen man nur mühsam die schwere Sorge verbergen kann. Namentlich in den beiden letzten Jahren haben die deutsche Rechtspflege und ihre berufenen Träger im Parlament und Presse, in öffentlichen Reden und in heimlichem Murren mancherlei Vorwürfe und tadelnde Urtheile anhören müssen und haben ihnen bis auf die jüngste Zeit außer ekkiden phrasenhaften Zurückweisungen, die um so inhaltsärmer waren, je pathetischer sie klangen, und um so weniger überzeugten, je höher die Stelle war, von der sie ausgingen, nur wenig entgegenzusetzen gewußt. . . . Aus den vorgeschlagenen Reformen wird man mit Recht das Eingeständniß der Regierung erkennen dürfen, daß auch sie unsere Rechtspflege nicht auf der Höhe findet, auf der sie stehen sollte, und daß man an maßgebender Stelle erkannt hat, wie wichtig es ist, festzustellen, ob die Schuld an dem mangelhaften Funktioniren des ganzen Justizapparats mehr dessen Fehlerhaftigkeit und Ungeeignetheit der Person beizumessen ist, denen die Handhabung der Rechtspflege anvertraut ist.“ Um einen Beitrag zur Klarstellung der thätlichen Verhältnisse zu liefern, will der Verfasser folgende drei Fragen beantworten: Wer wird heutzutage Jurist? Wie wird er Jurist? Was wird so ein Jurist? Die Antworten auf diese drei Fragen gegeben wird, dürfte auch für unsere Leser von Interesse sein.

Nach Lage der Sache — und dies wird durch die Erfahrung bestätigt — widmet sich heutzutage derjenige junge Mann der juristischen Laufbahn, der für kein anderes Studium Interesse hat und wohlhabend genug ist, lange Jahre hindurch ohne genügenden Verdienst leben zu können. Während ein angehende Student wenigstens eine gewisse Ahnung hat von der wissenschaftlichen Bedeutung desjenigen Studiums, daß er ergreifen will, wenn er nämlich sich dem Berufe eines Arztes, eines Lehrers, eines Geisteslichen, eines Technikers, eines Chemikers u. s. w. widmen will, fehlt dies dem angehenden Juristen vollständig. Denn woher sollte er eine Vorstellung haben von der Thätigkeit eines Richters, da er — zu seinem Glück — noch niemals mit den Gerichten zu thun gehabt hat? Das einzige, was einem Jüngling zum Studium der Jurisprudenz verleiten kann, ist die Aussicht auf die Stellung, die er als Jurist im spätern Leben einnehmen wird, also nicht das innere Interesse, sondern das nackte Strebertum. „Das sind die Streber vom reinsten Wasser,“ sagt unser Gewährsmann, „die Leute, die es nach Glanz

und Macht gelüftet, und denen die Laufbahn des Juristen der geeignetste Weg zur Erreichung dieses Zieles zu sein scheint. Es ist sehr bitter, es aussprechen zu müssen, aber es ist leider wahr, daß man in keinem Berufe, der akademische Vorbildung verlangt, selbst nicht bei den Theologen, so viele Leute trifft, die jedes höhern geistigen Interesses und sogar des Interesses für ihre eigene Berufstätigkeit so vollständig ermangeln, wie bei den Juristen." Es sind also, kurz gesagt, Leute, die in der Wahl ihrer Eltern vorföchtig gewesen sind und die es zu einer angesehenen Stellung im Leben bringen wollen. Daher erklärt sich denn auch die Minderwertigkeit des Menschenmaterials, das sich dafür berufen hält, die Maschine unserer Rechtspflege zu bedienen.

Ueber die Art und Weise, wie viele Juristen ihr Studium betreiben," fährt der Verfasser fort, "ist schon so oft von berufener Seite geklagt worden, daß ich es mir versagen darf, im einzelnen darauf einzugehen. Aus eigener mannigfacher Beobachtung kann ich bestätigen, daß die Schilderung, wie sie z. B. der verstorbene Staatsminister v. Posse wiederholt als Grundlage ernster Mahnungen hat in die Öffentlichkeit gelangen lassen, durchaus der Wirklichkeit entsprechend. Es ist Thatsache, daß durchschnittlich in keiner Fakultät so wenig studirt wird und auch zur Erreichung des äußern Studienzwecks so wenig studirt zu werden braucht, wie in der juristischen. Es ist Thatsache, daß Leute, die vier Halbjahre glatt verbummelt haben, nachdem sie sich ein Jahr hindurch haben etwas einpaufen lassen, ins Referendarexamen steigen und es ganz gut bestehen, und es ist Thatsache, daß die Mehrzahl der in den letzten zwanzig Jahren ins Amt getretenen Juristen nicht viel mehr als diese eben geschilderte Vorbildung genossen hat." Es genügt diesen zukünftigen Hütern der Gerechtigkeit eben, den flotten Bruder Studio zu spielen, einem nobeln Korps beizutreten, sich ein paar Brocken einpaufen zu lassen, und das Uebrige dem Schicksal anheimzugeben.

Daß hierin keine Uebertreibung liegt, ergiebt sich aus einer Kritik, die der Breslauer Professor Otto Fischer in der letzten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung" an einem Verbesserungsvorschlage der preussischen Regierung übt. Er schreibt nämlich: „Ich bin selbst fest überzeugt, daß im Studiengange (wenn man von einem solchen überhaupt sprechen darf) bei dem Gros unserer künftigen Juristen auch unter dem neuen Gesetze praktisch alles beim alten bleiben wird. Die Herren werden zunächst vier Semester „aktiv" sein. Sie sind der Meinung, daß ihnen das für ihr Fortkommen mehr nütze, wie das beste Prüfungsergebniß. Ein ernstlicher Kollegienbesuch ist daher ausgeschlossen. Selbst zur persönlichen An- und Abmeldung der belegten Vorlesungen fehlt vielfach die Zeit. Nur das Zwangspraktikum für Anfänger wird notgedrungen und notdürftig absolviert. Die dann noch verbleibenden zwei bis drei Semester reichen für ein ordnungsmäßiges Studium nicht aus, und man ist daher genöthigt, auch hier auf die Vorlesungen zu verzichten, und sich vom Einpauffer — wesentlich im römischen und heutigen bürgerlichen Recht und ganz summarisch in den übrigen juristischen Disziplinen — herrichten zu lassen. Das ganze Studium auf einer Universität wird für die hier gemeinte Kategorie nach wie vor lediglich auf dem Papier stehen, und zwar gleichmäßig für Rechts- und Staatswissenschaften. Auch in der Prüfung werden die nichtjuristischen Staatswissenschaften dieselbe rein papierne Rolle spielen, wie in den

vergangenen 34 Jahren, und auch das Verwaltungsrecht wird, obwohl es für den künftigen Verwaltungsbeamten in gleicher Weise an erster Stelle stehen müßte, wie das Privatrecht für den Juristen, auch bei den künftigen Regierungsreferendaren für vier Kandidaten in 5—15 Minuten erledigt werden und auf das Gesamtergebniß der Prüfung jedenfalls keinen entscheidenden Einfluß ausüben." Und ein anderer Fachmann, der Oberlandesgerichtspräsident Hamm in Köln, spricht es mit dünnen Worten aus, „daß die heutige Vorbildung für den höhern Verwaltungsdienst nach allgemeiner Ueberzeugung nichts taugt."

Kann es da Wunder nehmen, wenn ein Jurist oder Verwaltungsbeamter mit solch mangelhafter Vorbildung zeitlebens ein Stümper bleibt? Er wird natürlich mit der Zeit dahingelangen, wenn er nicht allzu plump ist, sich einige mechanische Fertigkeit anzueignen, aber er wird nie begreifen lernen, wo in Wahrheit den deutschen Mann der Schuh drückt; er wird mit der Zeit allerlei spitzfindige Brühen anzurichten lernen, aber das Volk, daß die ihm eingebrochte Suppe auslöffeln muß, wird seufzen über die Sudelküche, die ihm solche Gerichte vorsetzt, anstatt seinem Rechtsgefühl nahrhafte Kost zu bieten.

Auf die Frage: „Was wird so ein Jurist?" antwortet unser Gewährsmann folgendermaßen: „Nun, wie anderwärts heißt es auch hier: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Aber ich will darauf verzichten, auch nur in flüchtigen Umrissen die unendlich vielen Mißgriffe, Fehlscheidungen und Uebelstände zu schildern, die seit Jahren die Aufmerksamkeit der Denkenden und Sorgenenden in immer steigendem Maße auf sich gelenkt haben. Der Kenner der Verhältnisse weiß ja, daß jeder etwa der Öffentlichkeit bekannt gewordene Mißgriff eine Unzahl von Geschwistern hat, die genau denselben Tadel verdienen und vielleicht an der Volksseele noch mehr Schaden anrichten, als die berühmten gewordenen Fälle." Statt einer weitern Betrachtung schildert uns der Verfasser einige charakteristische Typen unter den zur Ausübung der Rechtspflege berufenen Persönlichkeiten.

Da ist zunächst der Herr Staatsanwalt, ein Beruf, der den Strebern ganz besonders günstige Aussichten bietet. „Sein dienstliches wie außerdienstliches Auftreten ist im höchsten Grade schneidig." (Man denke immer, daß ein Sachkenner in einer staatsstreuen konservativen Zeitschrift das Wort hat.) „Daß er jederzeit der Ansicht seines Vorgesetzten ist, die er vorzüglich zu errathen weiß, ist selbstständig. Die Menschheit zerfällt für ihn in zwei große Gruppen: die „tadellose" Minorität, zu der in erster Reihe er selbst und seine sämtlichen Spezialkollegen, dann der Hof, die Minister und andere sehr hohe Beamten, ferner das Offizierkorps, und endlich die Angehörigen der Polizei, vom Präsidenten bis zum Nachtwächter, gehören — und die andere, die große Menge der sammt und sonders Verdächtigen, unter denen die nachweisbar Schuldigen aufzuspielen seine besondere Pflicht ist. An der Schuld eines von ihm Angeklagten zu zweifeln, erscheint ihm als Verbrechen am Heiligsten. Sein Stolz ist die hohe Jahresziffer seiner Journalnummern und die große Zahl von Jahren Zuchthaus und Gefängniß, die er bei jeder Schwurgerichtsperiode durchdrückt. Den Beinamen „Der Blutige", den ihm Richterkollegen bisweilen am Bierisch zu kosten geben, weist er mit vornehmer Ruhe, aber innerlich gehoben, von sich. Verlassen wir

ihn: der Oberstaatsanwalt oder Landgerichtspräsident ist ihm sicher, vielleicht wird er noch Staatssekretär."

Nun ein anderer Typus: Der Herr Richter. Zunächst wird er Amtsrichter, wenn auch nicht, wie er gehofft hatte, in der großen Stadt, sondern irgendwo dahinten. „Nun kommt es darauf an, was unser Freund für Neigungen hat, wenn er überhaupt welche hat. Die Neigung zur Berufsarbeit fehlt ihm ja von vornherein, aber man richtet sich eben ein. Wozu hat man denn einen alten erfahrenen Gerichtsekretär, der den „ganzen Krempel" ja viel besser kennt und es so gern hört, wenn man ihn „Herr Rath" nennt, ihm möglichst „freie Hand läßt" und ihm bisweilen eine Cigarre anbietet? Urtheile fällt man nicht gern, wegen der Begründung, die man dabei schriftlich festlegen und so eventuell dem kritischen Blick der nächst höhern Instanz aussetzen muß; aber wozu ist denn die köstliche Einrichtung des Vergleichs in der Civilprozeßordnung vorgesehen? Man redet eben den Parteien solange zu, bis sie „zur Vernunft kommen," durch öftere Vertagungen macht man sie müde, sodas sie sich endlich vergleichen. Und die ganz Hartnäckigen — na, da haut man eben ein Urtheil hin. Zu Schöffensachen ist die Urtheilsfällung zwar nicht zu ungehen, indes wozu hat man denn den Amtsanwalt, an dessen Antrag man sich halten, und die beiden Schöffen, von denen man sich überstimmen lassen kann? Aber wenn die lästigen Amtsgeschäfte in möglichst kurzer Zeit erledigt sind, dann winkt dem Braven für den Rest des Abends die goldene Freiheit. Herz, was liebst Du? Den Frischoppen oder die Jagd, den Skat oder die Rosenzucht, das Sofa oder die Musik? Oder dachtest Du gar? Mit der Zeit kann ja auch der Rathstitel nicht ausbleiben und vielleicht bringt die Zukunft gar eine Beförderung mit sich; vielleicht in eine große Stadt. Was man da erst alles treiben kann! Schwärmtst du für Kolonien? Hier ist der Vorsitz im Kolonialverein. Liebst du Musik! Dem Streichquartett deiner Kollegen fehlt gerade noch der Cellist. Begeistert du dich für Sprachreinigung? Deine Untersuchungsgefangenen können ruhig ein paar Wochen länger sitzen, schreibe du nur dein Fremdwörterbüchlein. Liebst du Geselligkeit? So eben hat der Kasinovorstand sein Amt niedergelegt, die Reihe ist an dir. Auf bethätige dich! Aber wenn du zu nichts Lust hast, so bleibe zu Hause, ganz wie du willst; dein Amt läuft dir nicht weg, du bist ja unabschätzbar."

Das sind nur ein paar Typen, die wir aus den Schilderungen unsers sachkundigen Gewährsmannes herausgegriffen haben. Sie sind zum Lachen und muten uns komisch an. Traurig, tieftraurig aber ist es, daß die Rechtspflege derartigen Leuten anvertraut ist und daß solche Pfuscher berufen sind, sich als Hüter der Gerechtigkeit aufzuspielen! Wann wird das einmal anders werden?

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Sperren.

Die **Bollsperr**e besteht über Tillowitz und Firma Albersweiler, Arneburg, Freienort.

Halbsperren:

Alexandrinenthal (Ja. Rednagel), Althaldensleben (außer W. Geride G. Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. Oder (Baetsch), Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert

u. Menz), Kauenz i. S. (Wogl), Königszell, Kranichfeld, Kronach (Bauer u. Rosenthal), Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf.

Der Vorstandsvorstand.

Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Ameise d. J. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Verdienstlisten** aufgefordert:

Althaldensleben, Coburg, Hirschberg, Köppelsdorf, Magdeburg, Martinroda, Meuselbach, Neustadt, Nürnberg, Schmiedefeld, Suhl.

W. Herden, Verbandsstaff.

Aufforderung.

Gemäß § 34, Abs. 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Abchlüsse u. Gelder pro I. Quartal 1903** aufgefordert:

Althaldensleben, Annaburg, Berlin II, Blankenhain, Bonn, Burggrub, Coburg, Darmstadt, Döbeln, Elberfeld, Frankfurt a. D., Gera, Geringswalde, Geshwenda, Gräfenhain, Gräfenroda, Gräfenthal, Hemsdorf, Hirschau, Hirschberg, Hohenberg, Hüttensteinach, Ilmenau, Köln-Ehrenfeld, Köppelsdorf, Kronach, Lauf, Manebach, Martinroda, Neustadt b. C., Oberkößig, Pöschappel, Probstzella, Rehau, Rudolstadt, Saargemünd, Schmiedefeld, Schwarzburg, Schwelm, Selb, Sondershausen, Spandau, Stadtilm, Suhl, Tettau, Tirschenreuth, Unterpörlitz, Unterweißbach, Vordamm, Waldsassen, Wunsiedel, Zell.

Gleichzeitig mache ich die Zahlstellenkassierer und Revisoren darauf aufmerksam, daß auch, gemäß §§ 5, 6 und 7 der Kassenordnung, vierteljährlich je ein Abschluß für Bildungs-, 8 pCt.- und Streifond einzusenden ist, ferner daß über **alle Ausgaben** den Abschläffen die **Quittungen** beizulegen sind. Ausgaben, worüber Quittungen nicht beigelegt sind, werden nicht anerkannt.

W. Herden, Verbandskassierer.

Bekanntmachung.

Die Zahlstellen **Königszell** und **Wiesau** sind aufgelöst und die Mitglieder der Zahlstelle Berlin II überwiesen worden. Demgemäß werden die betreffenden Mitglieder ersucht, behufs Wahrnehmung ihrer Mitgliedsrechte die Anmeldung sofort bei dem Kassierer **Karl Munt, Berlin S.O. 26, Reichenbergerstr. 28, Hof 2 Tr.**, bewirken zu wollen. W. Herden, Verbandskassierer.

Die bisherigen Verwaltungsmitglieder der Zahlstelle **Manebach** sind durch den Vorstand in der Sitzung vom 10. Mai d. J. wegen Pflichtversäumnis ihrer Vertrauensämter enthoben worden. Die Mitglieder der Zahlstelle werden daher aufgefordert, **sofort** eine **Versammlung** zu veranstalten, in welcher die **Neuwahl der Verwaltung** zu vollziehen ist, widrigenfalls die Auflösung der Zahlstelle erfolgen müßte.

W. Herden, Verbandskassierer.

64. Vorstandssitzung vom 10. 5. 1903.

Das Vorstandsmitglied Dale erklärt, daß ihm Zeit und Umstände nicht mehr gestatten, an den regelmäßigen Sitzungen des Vorstandes teilnehmen zu können und wünscht aus dem Vorstand auszuscheiden. Indem von den in der kombinierten Versammlung der Zahlstellen von Berlin und Umgegend vom

31. 5. 02 gewählten Beisitzern des Vorstandes und Erfahrmännern derselben für die Zahlstelle Berlin-Moabit Niemand mehr vorhanden ist, soll es dieser Zahlstelle überlassen bleiben, einen Erfahrmann für D. zu bestimmen. Sofern die Zahlstelle überhaupt darauf verzichten sollte, einen Vorstandsbetritter zu wählen, würde einer der Erfahrmänner der übrigen Zahlstellen einberufen werden. — Nach Bericht von Arneburg steht die Firma Traub dortselbst vor der Liquidation; einige Mitglieder, welche entlassen worden sind, haben noch berechnigte Lohnforderungen an die Firma, welche anscheinend anders, als auf dem Prozeßwege, nicht befriedigt werden sollen. Den Mitgliedern wird zu diesem Zwecke Rechtsschutz bewilligt. Ferner werden dem Mitgl. 19 770 die Delegationskosten nach Berlin bewilligt. — Zuschriften von K. L. Oster-Behra und Mitterteich werden zur Kenntnis genommen. — Dem Mitglied 9180 Ilmenau wird vorläufig weitere Unterstützung nicht bewilligt, bis Nachweise vorhanden sind, daß Mitglied sich ernsthaft bemüht, den Bestimmungen des § 10 U.-R. zu entsprechen. — Dem Mitglied 17 724 Berlin II (Hornberg) werden die Kosten in dessen Klagesache mit der Steingutfabrik Hornberg, bewilligt. — Den Mitgliedern 11 221 und 12 630 Albersweiler wird Unterstützung nach § 1, Abs. 6 U.-R. bewilligt. — Dem Mitglied 11 429 Waldenburg wird Unterstützung bewilligt. — Ein Antrag der Zahlstelle Budau, den Verbandskassierer im Interesse des Beihilfefonds nach dort zu delegieren, wird abgelehnt. — Ueber Freienorla (Firma Bodenslab) und Arneburg (Firma Traub) wird die Vollsperrverhängt; trotzdem beide Firmen wegen Zahlungsschwierigkeiten umfangreiche Entlassungen vorgenommen, werden andererseits billigere Arbeitskräfte heranzuziehen gesucht, so daß im Interesse der Mitglieder es notwendig erscheint, durch die Sperre dieselben vor Schäden zu bewahren zu suchen. — Dem Mitglied 28 825 Berlin II (Karlsruhe) werden die Fahrgelder nach Albersweiler nachträglich bewilligt. — In Rechtsschutzsache 22 422 z. Bt. in Köln-Ehrenfeld wird das Urteil erster Instanz zur Kenntnis genommen; von der Berufungsanlegung soll dem Mitglied abgerathen werden. — Das Mitglied 26 454 Schmidt Wilda wird nach § 5 Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — P. Hanke Sorgau wird mit 3 jähriger Strafsatzzeit in den Verband aufgenommen. — Ein Antrag Mitterteich, ein Theil der Gelder des 8 pCt.-Fonds zu politischen Zwecken verwenden zu dürfen, wird abgelehnt. — Der Zahlstelle Magdeburg werden 1,50 Mark über die im § 20 Ziffer 6 R. festgesetzte Summe zur Anschaffung eines Kassenschranke bewilligt. — Die bisherige Verwaltung der Zahlstelle Manebach wird wegen mangelnder Pflichterfüllung ihres Amtes entsetzt, und die Zahlstelle beauftragt, umgehend eine andere Verwaltung zu wählen, andernfalls müßte die Zahlstelle aufgelöst werden. — Der Verbandskassierer giebt die Abschlässe der Hauptkassen für die Monate Februar, März und April zur Kenntnis; demnach betrug das Vermögen Ende April im Verband: 64 265,25 Mark, im Beihilfefond: 6628,80 Mark. Auf Anfrage nach dem Absch der Streitmarken erklärt der Kassierer, daß derselbe mit wenigen Ausnahmen zu wünschen übrig lasse.

Beihilfefond: Aufenthaltveränderungen der Mitglieder 2016 und 2037 Fürstenberg W. sowie 14 560 Unterpörlitz werden zur Kenntnis genommen. Der Aufnahme des Mitgliedes 11 303 Kahla, welches mit Leistenbruch behaftet ist, wird unter der Bedingung zugestimmt, daß für Erkrankungen aus dieser Veranlassung Beihilfe nicht gewährt wird. — Von Altmasser ist ein den statutarischen Bestimmungen entsprechender Antrag auf allgemeine Mitgliederabstimmung eingegangen, den bisherigen Modus der Gewährung von Beihilfe aufzuheben und Staffelsystem einzuführen. Des Ferneren soll der Vorstand verpflichtet werden, nach Erfordernis Extra-Beiträge zu erheben. — Von den Zahlstellen Budau, Dresden, Duisburg, Lettin, Magdeburg, Moschendorf, Neuhaldensleben, Oberhausen, Pöschappel, Rehau und Sorau ist ein Antrag auf allgemeine Mitgliederabstimmung, die Einführung der obligatorischen Mitgliedschaft im Beihilfefond im Prinzip für alle Mitglieder des Verbandes, betreffend, eingegangen. Die Einführung des Obligatoriums ist aber nicht nur eine Frage für die Mitglieder des Beihilfefonds; deswegen wird beschlossen, die Zahlstelle Budau zu veranlassen, bei den mitantragstellenden Zahlstellen festzustellen, ob die Anträge nur von Beihilfefond-Mitgliedern oder von den gesamten Mitgliedern der Zahlstellen gestellt worden sind. Weiter sollen sich die betreffenden Zahlstellen darüber äußern, welche Interpretation dem Begriffe „Obligatorium im Prinzip“ gegeben werden soll. Nach den Feststellungen, für welche eine Zeit von 4 Wochen festgesetzt wird, soll die Mitgliederabstimmung ausgeschrieben werden. Nach Auffassung des Vorstandes ist der Antrag Budau von so weittragender Bedeutung, daß zunächst die Annahme oder Ablehnung dieses Antrages durch die Mitgliederabstimmung abgemartet werden muß,

ehe weilere Anträge, resp. der Antrag Altmasser, zur Abstimmung gestellt werden können. Mit der Annahme des Antrages Budau würde eine vollständige Umgestaltung der Einrichtungen des Beihilfefonds sich notwendig machen, so daß unter Umständen der Antrag Altmasser, sowie alle sonstigen ev. Anträge ohne Weiteres illusorisch geworden sind.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

65. Vorstandssitzung vom 12. 5. 1903.

Ohne Entschuldigung fehlt Dale.
Von Düsseldorf wird berichtet, daß das Malerpersonal der Firma Siby u. Co. beabsichtigt, der Firma einige Forderungen zu unterbreiten; inzwischen ist die telegraphische Nachricht eingegangen, daß eine Verständigung mit der Firma erzielt wurde, und die Angelegenheit damit erledigt sei. — Von Eisenberg wird berichtet, daß die Firma Reinecke die Vermittlung eines Vorstandsvertreters abgelehnt habe; von Seiten unserer bei R. beschäftigten Mitglieder wird beabsichtigt, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, um nichts unversucht zu lassen, was eine friedliche Lösung des drohenden Konfliktes ermöglichen könnte. — Zuschriften von Arneburg, Albersweiler, Hlftädt und Bohenstrauß werden zur Kenntnis genommen. — Eine Zuschrift des Malereibesizers Rost, Berlin, wird an die Zahlstelle Berlin II zur weiteren Veranlassung und Erledigung verwiesen. — Die Genehmigung zur freiwilligen Aufgabe des Arbeitsplatzes unter Wahrung der Ansprüche auf Fahr- und Umzugsgelder für 30 437 Blankenhain, wird verweigert. — Dem Mitglied 9180 Ilmenau wird für weitere 4 Wochen Unterstützung bewilligt. — Dem Mitglied 10 325 Döbeln werden die Umzugsgelder den nunmehr beigebrachten Belegen entsprechend, bewilligt. — Die Zahlstelle Frankfurt a. M. wendet sich gegen einige Ausdrücke, welche der Vorstandsvorsitzende in einer Versammlung dortselbst in Bezug auf das frühere Mitglied Munsche gebraucht haben soll. Nach einer Erklärung des Vorsitzenden, in welchem Zusammenhang diese Ausdrücke von ihm gebraucht wurden, wonach die ganze Angelegenheit ein wesentlich anderes Gesicht erhält, ist diese Sache für den Vorstand erledigt. — Einem Antrage Königsbrück, die Mitglieder Wittig und Thomas vom 1. Juni ab als Vertrauensmänner der dortigen Einzelmitglieder gelten zu lassen, wird zugestimmt.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

— Zur Differenz bei F. A. Reinecke in Eisenberg, wurde dem Verbands-Vorstand am 14. d. Mts. mitgeteilt, daß zwei Abgesandte des „Verbandes mitteldeutscher Porzellanfabriken“, die Herren Kommerzienrath Koch, und der Direktor der Aktien-Gesellschaft Kahla, Böhler, beide aus Kahla, am Dienstag den 12. d. M. in der Reineckeschen Fabrik erschienen, angeblich, um sich nach den Ursachen der Differenzen zu erkundigen. Der Kommission gegenüber, welche bisher in Vertretung der bei R. beschäftigten Mitglieder, die Unterhandlungen geführt und welche auch mit den oben Genannten sich über die Veranlassung der Verhängung der Sperre über die Firma Reinecke auseinandergesetzt hatte, wurde in kategorischer Weise erklärt: wenn bis Freitag (15. d. Mts.) die Sperre von Seiten unseres Verbandes nicht aufgehoben würde, dann erfolgten auf allen Fabriken, welche der Unternehmer-Organisation angeschlossen, und Verbandsmitglieder beschäftigten, Kündigungen in Höhe von 10 pCt. der beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes. Sofern der Konflikt sich nicht erledigte, erfolgten jede weitere Woche weitere 10 pCt. der Kündigungen, so lange bis die gesamten Verbandsmitglieder in 35 Fabriken entlassen sind. Es wurde noch hinzugefügt, daß insgesamt ca. 2000 Mitglieder unseres Verbandes in Frage kämen, und die Organisation nicht im Stande wäre, eine solche Zahl auch nur vorübergehend finanziell zu unterstützen. Am Freitag, den 15. d. Mts. wollten dieselben Vertreter der Unternehmer-Organisation wieder in Eisenberg erscheinen um eine definitive Entscheidung unsererseits von der

Kommission zu hören. Der Vorstand, welcher zu einer sofortigen Sitzung zusammenberufen wurde, nahm die „Kriegserklärung“ sehr kühl auf, und beschloß, auf seinem bisherigen Standpunkt zu verharren, wonach die Sperre über die Firma Reinecke Eisenberg so lange bestehen bleibt, als von Seiten der Firma nicht erklärt wird, daß die angedrohten Lohnreduktionen unterbleiben. Sofern die angedrohten Kündigungen tatsächlich erfolgen sollten, würde der Vorstand auch seinerseits Maßnahmen zu treffen wissen. Gleichzeitig wurde der Verbandsvorsitzende nach Eisenberg delegiert, um, wenn möglich, in die am Freitag stattfindenden Unterhandlungen einzugreifen zu können. Nach kurzer Mitteilung, welche bisher eingetroffen, ist das Letztere der Fall gewesen, und der Konflikt erledigt. Ueber die Art der Erledigung zu berichten, muß bis nach Rückkehr des Vorsitzenden abgewartet werden.

Für die Porzellan- u. Arbeiter und Arbeiterinnen im Allgemeinen dürfte dieses Vorgehen der Unternehmer-Organisation ein Beweis dafür sein, mit welchen Hoffnungen man sich in Kreisen der Unternehmer trägt. Es wird allen Ernstes damit gerechnet, die verhasste Organisation der Arbeiter vernichten zu können, und wird nur eine günstige Gelegenheit dafür abgewartet, um diese löbliche Absicht zur Ausführung zu bringen, vorausgesetzt, daß es überhaupt möglich wäre. Warum die Unternehmer bestrebt sind, unsere Organisation zu beseitigen, braucht unseren Mitgliedern nicht gesagt zu werden; denen jedoch, welche uns fern stehen sei es gesagt, daß, wenn es gelänge, dem sogenannten „Berliner“ Verband das Lebenslicht auszublasen, die schamloseste Ausbeutung der Arbeitskraft die unausbleibliche Folge wäre. Daß jene „Herren“ sich schon ziemlich nahe am Ziele ihrer Wünsche glauben, beweist die unerhörte Anmaßung, unserer Organisation vorschreiben zu wollen, was diese zu thun oder zu lassen hat, als ob der Verband der Porzellanarbeiter seine Daseinsberechtigung nur der „Guld“ der Herren Porzellan-Fabrikanten zu verdanken hätte. Unsere Berufsgenossen und -Genossinnen werden aber mehr als bisher dafür zu sorgen haben, daß die Bäume des Unternehmertums nicht in den Himmel wachsen. Die einzige richtige Antwort, welche auf die Herausforderung des Unternehmertums zu geben ist, kann eine andere nicht sein, als zu beweisen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufes durchaus nicht gewillt sind, sich als willenslose Ausbeutungs-Objekte zur Verfügung zu stellen. Die Zahlstellen-Verwaltungen und Agitations-Kommissionen sollten aus diesem Anlaß mit aller Kraft für die Organisation agitieren. Ein Masseneintritt in den Verband und Festhalten an den Bestrebungen desselben wird das Unternehmertum überzeugen müssen, daß die Strauben, welche jetzt gepflückt werden sollten, doch zu sauer sind. Sofern die Porzellan-Arbeiter in diesem Sinne die Nutzenanwendung für sich zu ziehen wissen, dann kann die Organisation mit dem Vorgehen des Unternehmertums durchaus zufrieden sein, einer agitatorischen Mithilfe solcher Art zu wehren, hat Niemand von uns Veranlassung. Dann hätte sich die Wahrheit des Dichterwortes wieder einmal bewährt:

Das ist ein Theil von jener Kraft
Die das Böse will und das Gute schafft.

Johann Schneider.

In **Freienorla** führten am Montag den 18. d. M. Lohnunterschieden zu einer Maßregelung der Kommission der Arbeiter

und darauf zur Arbeitsniederlegung seitens der übrigen Verbandsmitglieder. Durch erneute Verhandlungen im Beisein des Verbandsvorsitzenden wurden die Differenzen erledigt. Die Sperre über Freienorla bleibt aber wegen der ungewissen Verhältnisse, die mit der am 23. Juni stattfindenden Zwangsversteigerung der Fabrik verbunden sind, vorläufig bestehen.

Von **Röppelsdorf** gehen wiederholt lebhaft Klagen über die Arbeitsverhältnisse bei der dortigen Firma Porzellanfabrik Hering u. Weidhase ein. Da wird zunächst über unauskömmlichen Verdienst geklagt, der so niedrig sei, daß die Kollegen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und fast nach jeder Lohnrechnung infolgedessen welche „durchbrennen“ — müssen. In einem Vierteljahre seien 14 Maler zugereist, dieselbe Anzahl habe aber auch wieder zum Wanderstab greifen müssen. Es sei ein fortwährender Kampf wegen der Akkordlöhne zu führen, und obgleich schon vieles versprochen worden sei, so sei doch nichts geschehen, um die so niedrig stehenden Preise so zu gestalten, daß nur ein einigermaßen zum Lebensunterhalt nöthiger Verdienst herauskomme. Es wird erinnert, daß ja der Herr Hering früher Direktor der Akt.-Ges. Porzellanfabrik Ilmenau gewesen sei und wer ihn da kennen gelernt habe, würde die Klage über die Arbeitsverhältnisse in seiner jetzigen Fabrik zu würdigen wissen. Wenn obiges auf die Malerei Bezug hatte, so ist doch aber auch in der Dreherei die Sache nicht viel anders. Hier sei es der Oberdreher Stürz, der die Preise für die Artikel mache, ohne die Dreher zu fragen und selbstredend deswegen ungenügend ausfallen. Dazu beliebe dieser Herr, die Arbeiter auch noch mit Titeln zu beehren, die wir uns scheuen, hierher zu setzen, sind aber der Ansicht, daß sie beleidigend sind und auf Beleidigung steht beläunlich Strafe. Allerdings wo kein Kläger, ist auch kein Richter. Es wird außerdem außerordentlich geklagt über den Zustand, in welchem sich die Dreherei befindet, in Punkto Reinlichkeit, Ankleideräume und sonstiges den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht Entsprechendem. Es wird ersucht, daß dem Gewerbe-Inspektor seitens des Vorstandes dieserhalb Mittheilung gemacht wird, wir werden dem Letzteren, die dazu gemachten Mittheilungen übergeben. Nach allem, was aus dem Klagebrief über diese Fabrik Ungünstiges hervorgeht, ist es durchaus nicht verwunderlich, wenn die dort beschäftigten Berufsgenossen wünschen, man möge bei etwaigen Gelüsten, dort bei Firma Hering u. Weidhase in Arbeit zu treten, ja die größte Vorsicht walten lassen im ureigensten Interesse. Thuen sie das nicht, so haben sie sich die Folgen zuzuschreiben. Die Verwaltung der Zahlstelle Röppelsdorf wird auf Verlangen jede weitere Auskunft ertheilen.

Hörsing, Retoucheure, welche bei der Firma König u. Bengseld in Lindenthal in Arbeit treten wollen, werden im eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Zahlstellen-Verwaltung zu erkundigen.

Die Firma Beyer u. Bock in **Schwarza** Porzellanfabrik, die im Jahre 1853 (als Malerei) gegründet wurde, feierte kürzlich ihr 50-jähriges Geschäftsjubiläum. Es wurde, nachdem bereits im vorigen Jahre einer mit Prämien wegen langjähriger Dienste bedacht wurde, diese Auszeichnung anlässlich des Jubiläums 2 Arbeitern zu Theil. Ein Festessen fand im Gasthof zum Löwen in Rudolfsstadt statt, die Arbeiterschaft veranstaltete einen Fackelzug, ebenso fand Ball statt. Alle Arbeiter haben außerdem ein

Sparlaffenbuch erhalten, worin je nach den Arbeitsjahren ein Betrag seitens der Firma gezeichnet wurde. Der Gesamtbetrag hierfür betrug 3500 Mark.

In **Oesterreich** ist gesperrt seitens des Porzellanarbeiter-Verbandes: Steingutfabrik Wessely u. Co. in **Gutendorf** (Süd-Steiermark). Weiter stehen die Porzellanarbeiter Brünn's mit den Unternehmern in Unterhandlungen und ist deshalb für Maler vorläufig über alle keramischen Betriebe in Brünn die Sperre verhängt.

Die Zahlstelle **Eisenberg** hat kürzlich einen **Arbeitsnachweis** eingerichtet. Die Kollegen sind verpflichtet, sich bei Stellenbesetzungen in Eisenberg desselben zu bedienen. Die Adresse des Arbeitsnachweises lautet: Carl Ehrhardt, Fabrikstr. 447, Eisenberg S.-A.

Die **Ilmenauer Porzellanfabrik** Akt.-Ges. Ilmenau hat 1902 einen Reingewinn von 70 238 Mk. abgeworfen. Eine Dividende von 9 pCt. kommt zur Vertheilung.

Die **Sigendorfer** Porzellanmanufaktur Akt.-G. vorm. Gebr. Voigt hatte 1901 einen Verlust von 29 446 Mk. Derselbe hat sich 1902 auf 45 662 Mk. erhöht. Sollte man dort etwa gar zu hohe Arbeitslöhne zahlen?

Unser Leben währet siebenzig Jahre, und wenn es hoch kommt, so sind es achzig Jahre, und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen. So heißt es im Psalm 90 Vers 10. Das Letztere, die Mühe und Arbeit ist dem Arbeiter zu meist beschieden, bei den Porzellanarbeitern ist das Alter von siebenzig oder gar achtzig Jahren eine große Seltenheit. Und doch kommt es vor. So haben wir am Dienstag den Porzellandreher Julius Hoffmann, der 74 Jahre alt geworden, zu seiner letzten Ruhestätte im freireligiösen Kirchhof in der Bappelallee begleitet. Bis zu der im Vorjahre erfolgten Betriebseinstellung der hiesigen Schomburg'schen Porzellanfabrik hat er seinen Beruf ausgeübt, und wenn der alte Genosse anderswo noch Beschäftigung erhalten, hätte er wohl auch noch bis dato gearbeitet. Ein Herzschlag machte seinem Leben ein plötzliches Ende, als er am Verspeisen eines Apfels war. Möchte uns allen ein solcher Tod ohne vorherige lange Krankheit beschieden sein. Der Sozialdemokratische Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises ehrte den Verstorbenen durch Niederlegen eines die Farbe der Freiheit zeigenden prachtvollen Kranzes, der Vorsitzende unserer Zahlstelle Moabit gedachte in der Montagversammlung des Verstorbenen und ehrte die Zahlstelle dessen Andenken in üblicher Weise, wir alle wollen das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten. Wer bis zum hohen Alter dem Prinzip der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung treu bleibt, verdient das.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

„Die Hilfe“, Nationalsoziales Volksblatt, schreibt Folgendes:

„Die Neutralität der sozialdemokratischen Gewerkschaften wird jetzt, während der Wahlzeit, immer unverhüllter preisgegeben. Selbst Blätter, die sonst zu den besonnenen gerechnet werden mußten, verlieren jetzt ihr neutrales Mäntelchen. So schreibt neuerdings die „Ameise“, das Organ der Porzellanarbeiter: „Soll die sozialdemokratische Partei bei den diesjährigen Wahlen einen großen Zuwachs von Mandaten haben, dann müssen freilich alle wahlfähigen Männer, die sich in den Gewerkschaften befinden, dann müssen alle, die die Gewerkschaften nicht

als Spielzeug betrachten, die es mit dem wirtschaftlichen, physischen, intellektuellen Fortschritt der Arbeiterklasse ehrlich meinen, ohne jeden Rückhalt am 16. Juni für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Nur so wird es der sozialdemokratischen Partei möglich sein, die bisherigen Mandate wiederzugewinnen und von einer größeren Reihe von Kreisen, die im Grunde schon länger der Sozialdemokratie gehören, neue Mandate zu erhalten, und nur so kann es möglich werden, daß die diesjährigen Reichstagswahlen auch zu Gunsten der Gewerkschaften ausfallen." Nach solchen Leistungen wundern sich dann die Gewerkschaftsblätter und Schimpfen, wenn man ihre Neutralität auf dem Papier für das hält, was sie ist, für Agitationschwindel."

"Die Hilfe" lesen wir seit längerer Zeit immer mit Interesse; sehr oft decken sich ihre Urtheile über sozialpolitische Vorgänge, ihre Kritik an dem unsinnigen Vorgehen gegen das arbeitende Volk und insbesondere gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit der unseren. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß das Programm der national-sozialen Partei uns etwa geeignet erscheint, dieses den Arbeitern als für sie passend hinzustellen. Wenn nun "Die Hilfe" sich darüber aufregt, daß die "sozialdemokratischen Gewerkschaften" die Neutralität während der Wahlzeit immer unverhüllt preisgeben und speziell unsere "Ameise" als Beweis vorführt, so müssen wir schon einige Worte hierzu äußern. Zunächst möchten wir bemerken, daß wir uns niemals für eine "Neutralität", wie sie anscheinend "Die Hilfe" für die Gewerkschaften (die sie als sozialdemokratische bezeichnet) wünscht, begeistert haben, ganz im Gegenteil. Wir haben des Deuteren in Artikeln betont, daß, wenn wir auch nicht gerade auf dem Standpunkt stehen, "Gewerkschaften und Sozialdemokraten sind eins", wir doch immer nur unseren Mitgliedern den Anschluß an die politische und zwar sozialdemokratische Organisation, zu empfehlen haben. Auch auf der letzten Generalversammlung haben wir kein Fehl aus unserer diesbezüglichen Meinung gemacht (siehe Seite 20 des Protok. der Gen.-Vers. v. 1902).

Ganz abgesehen aber hiervon, sind die Redensarten der "Hilfe" von dem "neutralen Mäntelchen" zur jetzigen Zeit völlig deplaciert. Nach den Vorkommnissen im Parlament, die unstreitig bewiesen haben, daß man von einer gewissen Seite aus der Arbeiterschaft größere Lasten aufbürden will und insbesondere nicht gewillt ist, das Koalitionsrecht zu einem wirklichen Recht zu machen, was ohne Einschränkung ausgeübt werden kann, sollen denn da die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch ihre Organe, in diesem Falle "Die Ameise", nicht aufmerksam gemacht werden, welche Partei bisher am Besten ihre Interessen vertreten hat, welchen Kandidaten sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl ihre Stimme geben sollen? Das ist doch stark, von einem "Agitationschwindel" sprechen zu wollen, wo der Wahlkampf allüberall tobt, wo dieser alles zurückdrängt, sollen wir da etwa nur über rein gewerkschaftliche Fragen in solcher Zeit schreiben?

Nehmen wir einmal den Fall an, der Kandidat der national-sozialen Partei, welcher für den Wahlkreis Jena-Neustadt kandidiert und recht lebhaft agitirt und Versammlungen abhält, würde sich beispielsweise in Triptis, welche schöne Stadt auch zu dem Wahlkreise gehört, für die dort beschäftigten Porzellanarbeiter interessieren. Diese dürfen bekanntlich durch ein Nachwort der dortigen Fabrikleitung, insbesondere des Hrn. Gretschel, nicht dem Verband der Porzellanarbeiter als Mitglied angehören. Das Koalitionsrecht ist ihnen

also genommen, denn wer dasselbe benützt, fliegt auf die Straße. Die national-soziale Partei ist, soweit wir übersehen können, für die völlige Sicherung des Koalitionsrechtes. Gesezt den Fall, in einer Triptiser Versammlung stände ein Porzellanarbeiter auf, der den Kandidaten fragt, ob er, wenn er gewählt wird, für die Sicherung des Koalitionsrechtes eintritt, wir zweifeln nicht daran, er würde bejahend antworten. Folgedessen könnten die Triptiser Porzellaner ihm ihre Stimme geben, wir könnten das event. auch in unserem Organ empfehlen; wäre das dann ein "Wahlschwindel?"

Wir wissen nun aber schon lange, ehe noch die national-soziale Partei das Licht der Welt erblickt hat, daß die sozialdemokratische Partei, resp. die von derselben ins Parlament entsandten Abgeordneten zu jeder Zeit für volles Koalitionsrecht eingetreten sind, wie keine andere Partei, und deswegen treten wir Gewerkschaftler, ob wir damit ein neutrales Mäntelchen verlieren oder nicht, unter allen Umständen für die Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten ein, und das ist unser gutes Recht. "Die Hilfe" giebt sich einem Irrthum hin, wenn sie meint, die Gewerkschaftsblätter würden "schimpfen", wenn ihre "Neutralität" angezweifelt würde; wir möchten das Gewerkschaftsblatt sehen, welches deswegen schimpft! "Die Ameise" thut das auf keinen Fall, gleichviel, ob sie von der "Hilfe" sonst zu den besonnenen Blättern gehalten wurde oder nicht.

Es ist uns sogar angenehm, an der Hand der Äußerungen der "Hilfe" wieder einmal Gelegenheit zu haben, unseren Mitgliedern, die doch nebenbei auch noch Staatsbürger und auch Wähler sein dürfen, zu empfehlen, am 16. Juni den Kandidaten der Partei nur ihre Stimme zu geben, von welcher sie mit Bestimmtheit weiß, daß nur diese allein wirksam die Interessen der organisierten Arbeiter, wie überhaupt der Arbeiter vertreten hat und auch in Zukunft vertreten wird. Daß das weder die konservative, die Zentrums- und alle übrigen Parteien, einschließlich der national-sozialen Partei ist, sondern nur die sozialdemokratische, ist uns klar, dazu brauchen wir keinen "Agitationschwindel" zu machen, den überlassen wir anderen Leuten.

Es möge hier auch der Schluß eines Artikels des Korresp.-Bl. der Gen.-Kom. der Gewerksch. Deutschl. "Die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften", Platz finden:

"So zeigt die Sozialpolitik auf allen Gebieten, daß die Gewerkschaften nur in der Sozialdemokratie eine zuverlässige Vertretung der Arbeiterforderungen im Allgemeinen, wie der gewerkschaftlichen Interessen im Besonderen besitzen. Das ist kein Zufall, da die sozialdemokratische Partei durch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in hohem Maße direkt beeinflusst wird. Die bürgerlichen Parteien suchen wohl Anhang in Arbeiterkreisen zu gewinnen, aber sie gestatten den Arbeitermassen keinerlei Einfluß auf ihre Entschliessung. Die Sozialdemokratie muß ihnen schon nahe auf den Leib gerückt sein, ehe der schlechte Mann aus der Werkstatt bei ihnen Anerkennung findet und nur wenige Ausgewählte werden als Renommirarbeiter auf die politische Tribüne gehoben. Das Zentrum scheute sich nicht, auf dem vorjährigen Katholikentag zu Mannheim selbst seinen getreuen Gewerkschaftsführer Giesberts schmählich zu desavouieren, als dieser eine ernsthafteste Bekämpfung der Arbeitslosennoth verlangte. Die Sozialdemokratie ist die selbstverwaltete Arbeiterpartei; sie kann keine andere Politik als Arbeiterpolitik treiben und wird sich daher auch für alle Zukunft des Vertrauens der Gewerkschaften erfreuen."

Selbstverständlich können die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht verpflichten, unter allen Umständen nur einem Sozialdemokraten ihre Stimmen zu geben. Wie die Gewerkschaften ihre Mitglieder beim Eintritt nicht nach deren Parteistellung oder religiösem Glaubensbekenntnis fragen, so üben sie auch keinen Druck aus, um sie zur Stimmabgabe in einer gewissen Richtung zu zwingen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, wenn sie die rechtlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen ihres Wirkens, ihre Lebensinteressen und deren bisherige Vertretung darlegen und darnach den Mitgliedern die Entscheidung selbst überlassen. Die Wähler zu sammeln und organisieren, sie politisch zu schulen und deren Abstimmung einheitlich zu lenken, kann nur Aufgabe der politischen Parteien sein, und das Vorhandensein einer äußerst rührigen Arbeiterpartei überhebt sie der Nothwendigkeit politischer Propaganda.

Desto mehr aber bleibt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Pflicht, als Staatsbürger sich auch politisch zu bethätigen und im Anschluß an eine Partei dafür einzutreten, daß den Interessen der Arbeiterklasse in der Reichsgesetzgebung mehr als bisher Geltung verschafft werde. Diese Pflicht liegt nicht allein den wahlfähigen Arbeitern ob, sondern allen Arbeitern ohne Unterschied des Geschlechts und Alters, die sich ihres Arbeiterinteresses bewußt sind, denn Alle müssen darauf hinwirken, daß die Gesetzgebung in der ihrem Wohle dienlichen Weise beeinflusst werde. Jedem ist die Möglichkeit der politischen Organisation und der Mitwirkung in der Arbeiterbewegung geboten und Jeder muß sein Theil dazu beitragen, daß am Tag der Reichstagswahl Arbeitervertreter gewählt werden. Es ist vielleicht überflüssig, zu sagen, daß ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der sein Klasseninteresse wohl begriffen hat, nur einem sozialdemokratischen Vertreter seine Stimme geben wird. Aber wir haben auch keinerlei Ursache, diese selbstverständliche Feststellung zu scheuen, nachdem die bürgerlichen Parteien selbst am meisten dazu beigetragen haben, die Arbeiter mit der Sozialdemokratie unlöslich zu verbinden, so daß in der letztjährigen Session selbst der Staatssekretär Graf von Posadowski als Thatsache zugestehen mußte, daß diese Partei die Vertretung der Arbeiter bilde. Man könnte eben so gut die Sonne leugnen oder das Gesetz der Erhaltung der Energie in Zweifel stellen, wie diese einfache Thatsache aus dem Bereich der Wirklichkeit verschwinden lassen.

Möge jeder deutsche Arbeiter daher die wenigen Wochen bis zum Wahltag benutzen, um für einen nachhaltigen Erfolg der Arbeiterbewegung zu wirken. Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß an diesem Tage nur zuverlässige Arbeitervertreter gewählt werden. Dringend nothwendig ist es, zu verhindern, daß eine Reichstagsmehrheit aus der Wahl hervorgeht, die, wie die früheren, dem Volk neue Lasten und Steuern aufbürdet, seine Rechte mit Füßen tritt und ihm den nothdürftigsten Schutz gegen Ausbeutung, gegen physische und soziale Noth versagt. Jedem trete in die Reihen der Kämpfer ein, um nach besten Kräften beizutragen für den Sieg der Arbeitersache."

— Die Aussperrung der Schumacher in Birnmasens ist beendet, am Montag d. 18. Mai wird die Arbeit wieder aufgenommen. Der Kampf ist im Wesentlichen zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Es ist die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit gesichert worden, die Fabrikanten erkennen die Organisation an, die schwarzen Listen

sind zurückgezogen, ein Schiedsgericht wird zur Schlichtung aller künftigen Differenzen errichtet. Die Sperre über die Fabriken Baque und König ist natürlich auch von den Arbeitern aufgehoben worden. Vier Wochen währte der Kampf, aus dem die Arbeiter als Sieger hervorgingen, dies war aber nur möglich durch die größte Einigkeit der Ausgesperrten. Möchten alle anderen Arbeiter die in gleiche Lage kommen, sich ein Beispiel daran nehmen.

— In **Hierlohn** hat sich die Situation nicht geändert; die Fabrikanten wollen mit den Organisationen nicht mehr unterhandeln; die Arbeiter sollen einzeln um die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit anfragen. Das haben die Arbeiter in ihren Versammlungen natürlich abgelehnt.

— **Arbeiterausperrung an der Unterweiser.** Nachdem der Norddeutsche Lloyd in Bremerhaven bereits seine Kraftprobe im Kampfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gemacht, hat die Tecklenborgsche Werft und nun auch der Bremer „Vulkan“ in Begleit den Kampf gegen die Arbeiterschaft aufgenommen. Am Montag wurden in Begleit 2000 Arbeiter ausgesperrt. Auf den Werften Rickmers und Seebeck stehen für Schluß der Woche ebenfalls Aussperrungen bevor, so daß schließlich gegen 4000 Arbeiter in Frage kommen. Es wurde seitens der Arbeiter alles versucht, durch Verhandlungen mit den Unternehmern die drohenden Aussperrungen abzuwenden, es ist dies jedoch nicht gelungen. Die Unternehmer wollen die Arbeiterorganisationen vernichten und dazu ist ihnen jedes brutale Mittel recht.

In **Dresden** fand ab 17. Mai ein Kongreß der Vertreter von ca. 500 Konsumvereinen statt; es ist ein „Centralverband der deutschen Konsumvereine“ gegründet worden. Die Anregung hierzu gab bekanntlich der Ausschluß von 99 Konsumvereinen auf dem Genossenschaftstage in Kreuznach.

In den Ausschuß werden gewählt die Herren Poppig-Zwickau, Staudinger-Darmstadt, v. Elm-Hamburg, in den Vorstand: Barth-München, Radestock-Dresden, Schmidgen-Hamburg. Als Präorgan wird das bisherige Organ der Großeinkaufsgesellschaft bestimmt, das nun den Titel führt: „Konsumgenossenschaftliche Rundschau, Organ des Centralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.“ Der Beitrag zum Centralverband wird wie im alten Verband, zu 15 Pf. von je 1000 Mk. Umsatz mit einem Minimalbeitrag von 10 Mk. und zu einem Maximalbeitrag von 100 Mk. für den Verein festgesetzt.

Folgende von Ragenstein-Berlin eingebrachte Resolution wird einstimmig angenommen:

Der konstituierende Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, bestehend aus 621 Delegierten von 202 deutschen Konsumvereinen und Revisionsverbänden erklärt mit aller Entschiedenheit als den einzigen Zweck der Konsumgenossenschaftlichen Organisation die wirtschaftliche Förderung und geistige Hebung vornehmlich der minder bemittelten Volksschichten und damit die Steigerung des Wohlstandes der ganzen Nation.

Auf dem Boden der wirtschaftlichen Selbsthilfe stehend, beansprucht er für die Konsumvereine keinerlei Vorrechte oder staatliche Begünstigungen. Ebenso aber muß er aufs schärfste Protest erheben gegen alle Bestrebungen, die zur Förderung von

Sonderinteressen die Entwicklung der Konsumvereinebewegung zu hemmen und selbst die Gesetzgebung in den Dienst derartiger kulturwidriger, allen Grundsätzen der Gerechtigkeit und des bestehenden Rechts widersprechender Bestrebungen zu stellen suchen.

Er erwartet von den Staatsregierungen und Volksvertretungen des Deutschen Reiches, daß sie in Würdigung der gemeinnützigen Wirksamkeit der Konsumvereine alle solche versuchten Beschränkungen und Ausnahmemaßregeln ablehnen und das gleiche Recht vor dem Gesetz auch den Konsumvereinen zugestehen werden.

Radestock-Dresden schließt mit einer kurzen Ansprache die Verhandlungen: Der seit langen Jahren erstrebte Zusammenschluß der deutschen Konsum- und Produktvereine ist geschehen, der Zentralverband gegründet. Möge der Bau Sturm und Wetter trocken. An uns, Genossen, liegt es, das Gebäude auszubauen, vor allem aber treu zusammenzustehen, möge kommen was da wolle. An den englischen Genossenschaften wollen wir uns ein Beispiel nehmen.

— **Zum Polizeikampf gegen die Streikposten.** Im März d. J. brach bei der Firma Gödel in der Chausseestraße 31/32 Streik aus. Die Dreher Schulz, Schwung, Schuppe, Enulat und Haase, welche in der Nähe der Fabrik Streikposten standen, wurden von den Schutzleuten aufgefordert, die Umgebung der Fabrik zu verlassen und, als sie dies nicht thaten, sistiert. Gegen die üblichen, hierauf erlassenen Strafmandate legten die sämtlichen Arbeiter Widerspruch ein und beantragten richterliche Entscheidung. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde nur der eine der Belastungszeugen, der Schutzmann, vernommen, der aus sagte: Zusammengegangen seien die Angeklagten nicht, sondern jeder für sich allein; da aber die Chausseestraße eine der belebtesten Straßen Berlins sei, so hätten die Angeklagten den Verkehr insofern gehindert, als andre Passanten ihnen hätten ausweichen müssen. Auf die Vorhaltung, daß dies doch bei jedem Menschen, der sich auf der öffentlichen Straße bewege, in gleicher Weise der Fall sei — jedermann weiche eben dem andern aus, dies sei das Wesen des Verkehrs auf der Straße — mußte der Beamte zugeben, daß anders auch vorliegend die Sache nicht gewesen sei, da die Angeklagten völlig getrennt von einander und an ganz verschiedenen Straßentheilen sich aufgehalten hätten. Auch sonst konnte der Schutzmann irgend etwas Auffälliges in dem Verhalten der Angeklagten nicht angeben, er habe sie nur sistiert, weil der Reviervorstand ihm die Leute, die Streikposten standen, als zu sistierende bezeichnet habe. Der Schutzmann fügte noch hinzu, daß die Angeklagten zwar auf seine Aufforderung weitergegangen, aber nach einiger Zeit wiedergekommen seien. Die entscheidende Frage des Richters endlich, ob er die Angeklagten auch sistiert hätte, wenn sie nicht Streikposten gestanden hätten, mußte der Schutzmann strift verneinen. In Uebereinstimmung mit dem Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Heinemann, erkannte das Gericht hierauf, daß sämtliche Angeklagte freizusprechen, der Staatskasse auch die Kosten des Verfahrens einschließlich der Kosten der Verteidigung zur Last zu legen seien. Zur Begründung wurde bemerkt: Aus den ruhigen, sachlichen Darlegungen des Beamten habe sich ergeben, daß die Angeklagten die Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf der Straße nicht be-

einträchtig hätten und daß sie nur auf Anweisung des Reviervorstandes, der der Beamte pflichtgemäß gefolgt sei, lediglich deshalb, weil sie Streikposten gestanden hätten, fortgewiesen seien. Dies aber ist gesetzlich unzulässig, da das Streikpostenstehen erlaubt ist. Die Angeklagten waren daher freizusprechen. Es erschien aber angemessen, die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last zu legen, mit Rücksicht darauf, daß eine so generelle Anweisung, wie sie vom Reviervorstand erteilt sei, die Streikposten fortzuweisen, gar nicht erteilt werden dürfe. Streikposten als solche seien nicht anders zu behandeln, als andre Passanten einer Straße, und ob die Streikposten den Verkehr, die Ordnung und Sicherheit auf der Straße beeinträchtigen, lasse sich nicht von vornherein beurtheilen, so daß eine Anweisung, schlechtweg jeden Streikposten zu sistieren, als eine sich nicht innerhalb der Gesetze haltende Maßregel anzusehen sei. Seien aber hier Leute, die gar nichts Strafbares gethan haben, vor den Richter gebracht worden und sei bekannt, daß Sachen, wie die vorliegenden, von der Staatsanwaltschaft zumeist durch alle Instanzen geführt würden, so kann man den Angeklagten nicht verwehren, sich eines rechtskundigen Beistandes zu bedienen. Aus diesem Grunde seien auch die dafür den Angeklagten erwachsenen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen.

Versammlungsberichte etc.

Budau. Diese Zahlstelle hatte beim Hauptvorstande die Entsendung des Verbandskassiers nach hier beantragt, um zunächst mit Gen. Herden persönlich über die in seinem Artikel gegen unsere Zahlstelle gemachten Angriffe zu verhandeln, andererseits sollte derselbe in einer kombinierten Versammlung beider Zahlstellen hier selbst für den Verband und Beihilfefond agitatorisch wirken. Leider hat der Vorstand unsere Begründung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für zutreffend erachtet, und somit den Antrag abgelehnt, was die heute, am 16. Mai stattfindende Versammlung lebhaft bedauert. Zu unserer Verwunderung verweist man uns im Gegentheil zu früheren Streitfragen, für welche eine Auseinandersetzung in der „Ameise“ nicht angebracht erschien, diesmal direkt auf die Bemühung derselben. Da jedoch die gleich uns in Mitleidenschaft gezogene Zahlstelle Berlin-Moabit dem Gen. Herden auf den betr. Artikel eine gründliche Abfertigung hat zu Theil werden lassen und hiesige Zahlstelle von denselben Beweggründen zu einer Entgegnung geleitet wird, so sehen wir von einer Widerlegung des gesammten Artikels ab. Nur einiges wollen wir hervorheben. Wir haben bekanntlich in unserem Protokollauszug vom 3. 1. 08 in Nr. 2 der „Ameise“ die Vermuthung ausgedrückt, daß die Vorstandsbearbeiter so wenig Interesse für den Beihilfefond zeigten, weil sie demselben schließlich garnicht als Mitglieder angehören. Aus Anlaß dieser Bemerkung erhielt die hiesige Verwaltung unter dem 6. 1. 08 eine briefliche Anempfehlung seitens des Verbandsvorsitzenden, wie sie grober und ungeschickter garnicht zu erdenken gewesen wäre. Dem Briefe folgte eine offizielle, fast im gleichartigen Tone gehaltene „Erklärung“ des Verbandsvorstandes in der „Ameise“, wonach man den Verfasser derselben errathen konnte und dieser Erklärung unsererseits wiederum eine Entgegnung. Nun hätte man meinen sollen, daß diese Sache damit erledigt gewesen wäre. Doch weit gefehlt. Nach einem Zeitraum von genau einem Vierteljahr kommt der Gen. Herden mit seinem, in gehässiger Schreibweise, mit ironischen Bemerkungen durchsetzten Artikel und läßt uns dasselbe sivolter Weise noch einmal auf. Das Urtheil hierüber mögen sich alle denkenden Genossen selber bilden, wir halten jegliche Bemerkung dazu für überflüssig. Der Gen. Herden empfiehlt uns ferner, „nicht an den Fingern zu saugen“, weil sie vielleicht etwas „schmierig“ sein könnten. „Schmieriger“ aber als unsere Finger ist die Kritik des Gen. Herden betr. unseres Artikels. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß dieser Ausdruck, „aus den Fingern saugen“, aus der Grobschmiede seines Amtskollegen Gen. Wollmann stammt, welchen derselbe im vorerwähnten Briefe sowohl, als in der darauf folgenden höchdünigen „Erklärung“ des Verbandsvorstandes, gebraucht hat. Wir brauchen eine derartige Methode nicht in Anwendung zu bringen, uns stand, wie der Artikel beweist, genügend Beweismaterial zur Verfügung. Daß die Zahlstelle Budau

die höchsten Bezüge im Beihilfeseind hat, liegt lediglich daran, daß hier selbst viele alte Mitglieder vorhanden sind, und im letzten Jahre allein deren 8 im Alter von 86 bis 51 Jahren verstorben sind, wodurch allein schon 600 Mark Sterbegeld fällig wurden. Ferner sind 2 Mitglieder ausgesteuert und 1 Mitglied starb 8 Wochen vor seiner Aussteuerung. Wahrlich ein netter Profit, Gen. Herren. Das beweist doch nur wie dringend notwendig die Beibehaltung, wie die Ausnahme sämtlicher Porzellanarbeiter in den Beihilfeseind ist. Denn es steht uns allen doch wohl dasselbe Loos bevor. Die in den letzten Jahren für den Beihilfeseind angeworbenen jüngeren Mitglieder mußten auch hier mit Eintritt des schlechten Geschäftsganges und der damit verbundenen Reduzierung des Personals ihren Arbeitsplatz aufgeben und haben somit durch Ueberstempelung nach anderen Zahlstellen diese dann durch ihre Beiträge herbeigeholt. Wir haben aber auch noch Mitglieder hier am Orte, welche dem Beihilfeseind, resp. der früheren Kranken- und Begräbnis-Kasse nunmehr 30 Jahre angehören, und theils noch garrichts, theils nichts nennenswerthes aus demselben bezogen haben und doch auch ihre Rechte gewahrt wissen wollen. Uns hat das Interesse für den Beihilfeseind nicht graulich gemacht, wohl aber grault uns schon längere Zeit vor der Schreibweise und dem eigenartigen Ton, welcher seitens der Gebildeten unserer Organisation uns Mitgliedern gegenüber beliebt wird, weshalb wir hiermit den Wunsch anfügen, daß man an betreffender Stelle möge hierin baldigst eine Aenderung eintreten lassen. — Den betr. Zahlstellen zur Nachricht, daß der Antrag auf Mitgliederabstimmung betr. die „obligatorische Einführung des Beihilfeseinds im Verband im Prinzip“ dem Hauptvorstand am 4. Mai d. J. zugelandt worden ist. Die Verwaltung.

Gera. Die vorige Versammlung hatte, wie wir in der Aneife bekannt gegeben, dem Antrage Budau zugestimmt, worauf uns die Budauer Genossen ihren Antrag zwecks Unterzeichnung zusandten. Die hiesige Zahlstellenverwaltung war indes von der Zwecklosigkeit des Antrages vollständig überzeugt und lehnte vorläufig die Unterzeichnung ab, weshalb sich heute die Versammlung abermals mit dem Antrage beschäftigen mußte. Das Vorgehen der Verwaltung fand allgemeine Zustimmung und es wurde beschlossen den Antrag Budau nicht zu unterzeichnen und somit den Beschluß der vorigen Versammlung (welcher nicht vielleicht aus Ueberzeugung, daß die obligatorische Einführung des Beihilfeseinds im Verbands durchzuführen möglich wäre, entsprungen ist) aufzuheben. Wir wollen nicht als Handlanger einer aussichtslosen Mitgliederabstimmung, die, selbst wenn sie angenommen, dem Verband verhängnisvoll wird, dienen.

Mudolstadt. Die Verwaltung der Zahlstelle sieht sich gezwungen, einmal auf diesem Wege die Interessenlosigkeit der hiesigen Mitglieder zu beleuchten und sie an ihre Pflichten zu erinnern. Es ist geradezu traurig und wirkt auf die Verwaltung beprimelnd ein, wenn von 220 Mitgliedern, welche der Zahlstelle angehören, ganze 17 Mitglieder, einschließlich der 8 Verwaltungsmittelglieder, die Zahlstellen-Versammlungen besuchen. Die Verwaltung bietet alles auf, um die Versammlungen so interessant wie möglich zu machen, persönliche Reibereien wie früher, finden freilich nicht mehr statt. Man könnte fast annehmen, daß die Mitglieder solche haben wollen, denn wenn solche stattfinden, waren immer die meisten Mitglieder anwesend. An die sämtlichen Mitglieder richten wir die Frage, ob es nicht auch ihre Pflicht ist, gerade jetzt bei der überaus traurigen Geschäftslage und sonstigen Verhältnisse ihre Versammlungen zu besuchen? Oder sind sie nur beim Verband, um ihre Beiträge zu bezahlen und Unterschriften zu beziehen? Denken sie, wenn sie die Verwaltung gewählt haben, haben sie genug getan resp. ihre volle Pflicht erfüllt? Mitglieder der Zahlstelle Mudolstadt-Volkstedt, bedenkt wie traurig und beschämend es wirkt, wenn von 220 Mitgliedern der Zahlstelle kaum der zwölfte Theil den Weg zum Versammlungsort findet! Soll uns dasselbe auch noch verloren gehen? Genossen, beherzigt unsere Aufforderung, besucht und behältigt Euch an unseren Versammlungen besser, zahlreicher, denn nur dadurch können wir unsere traurige Lage verbessern, gedankt der Worte: Einigkeit macht stark.

Stadtilm. Die Monatsversammlung, welche am 9. Mai im Gasthaus „Zum Schloß“ stattfand, war von 26 Mitgliedern besucht. Die Tagesordnung lautete: P. 1: Einkassieren der Beiträge; P. 2: Lesen des letzten Protokolls; P. 3: Verlesen der Mitgliederliste; P. 4: Gewerkschaftliches; P. 5: Verschiedenes. P. 1 und 2 wurde erledigt. Bei P. 3 rügte der Vorsitzende den schlechten Besuch der letzten Versammlungen und bedauert, daß der Versammlungsbesuch gegen das Vorjahr um 30-40 pCt. zurückgegangen ist; giebt es doch hier eine so große Genossen, welche es überhaupt nicht mehr der Mühe werth erachten, auch nur in einer Versammlung zu erscheinen. Zu P. 4 erstattet Gen. Stegmann den Bericht, derselbe zeigt, daß auch hier nicht alles ist,

wie es sein müßte. Zu Punkt „Verschiedenes“ berichtet der Vorsitzende, daß aus dem Versammlungsorte infolge des hier herrschenden Kastengeistes die bürgerlichen Vereine ausgezogen sind, und fordert die Genossen auf, möglichst nur in dem Versammlungsorte zu verkehren. Es wurden darauf noch verschiedene Mißstände, welche in der Malerei herrschen, eingehender besprochen und ein Antrag angenommen, deswegen zum nächsten Dienstag eine Versammlung der Maler einzuberufen.

Briefkasten.

Sch. in Sch. Keramische Rundschau, Berlin W. 30, Gleditschstr. 46.

Adressen-Nachtrag.

Schauberg. Schriftf.: Eduard Böffler, Buchbinder.

Hamm. Kass.: Eduard Vogel, Maler, Werkerstr. 107.

Uhlstädt. Kass.: Wilh. Rauch, Maler.

Arneburg a. d. Elbe. Vors.: Albert Schreiber, Maler, Schützenhaus. Schriftf.: Nic. Jenner, Dreher, Sandauerstr. 33. Kass.: Jos. Mühlhoser, Dreher, Achterstr. 20.

Untermhaus. Der Vorsitzende heißt nicht Baumann, sondern Raumann.

Sondershausen. Vors.: Joseph Weß, Schriftf.: Ernst Hofmann, beide Dreher.

Berichtigung zur Sterbetafel der Nr. 20. Bei Tischentwurf (Körner) soll es statt 1858 — 1848 heißen.

Sterbetafel.

Berlin-Moabit. Jul. Hoffmann, Dreher, geb. den 9. April 1829 zu Frankfurt a. O., gestorben am 16. Mai 1903 ohne vorangegangene Krankheit an Herz- und Lungenschlag.

Röppelsdorf. August Hammer Schmidt, geb. am 6. Febr. 1882 zu Judenthal, hat am 18. Mai seinem Leben durch Getränke aus unbekanntem Gründen ein Ende gemacht.

Waldenburg. Ernst Leber, Dreher, geb. 27. August 1873 zu Ohlau, gest. am 18. Mai an Schwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 26 1/2 Woche.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Ahlen. Sonnabend, 30. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Duisburg. Sonnabend, 28. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Rathskeller (oben.)

Fürstberg a. O. Sonnabend, 28. Mai, Abends 1/2 9 Uhr im Gesellschaftshaus.

Gräfenhain. Sonntag, 24. Mai, Nachm. 4 Uhr im Schießhaus.

Gräfenhain. Sonnabend, 28. Mai, Abends 6 Uhr im Schießhaus.

Martinroda. Sonnabend, 28. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen, Beitragsreste beglichen werden. Unsere Mitarbeiterinnen ersuchen wir die Versammlung zu besuchen und die Quittungsbücher in Empfang zu nehmen.

Mitterteich. Sonnabend, 28. Mai, im Vereinslokal. Erscheinen aller ist Pflicht.

Nürnberg. Sonnabend, 30. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Felseder.

Oberöditz. Sonntag, 24. Mai, Nachm. 3 Uhr im Kaiser Günther. Alle Mitglieder haben zur Stelle zu sein.

Pforzheim. Dienstag, 26. Mai, Abends 1/2 9 Uhr im Stuttgarter Hof. Volljähriges Erscheinen dringend erwünscht.

Schönwald. Sonnabend, 28. Mai, Abends 1/2 8 Uhr bei Hans Wegert. Beitragszahlen und Bücherumtausch. Wahl eines Vorsitzenden und Beisitzender. Anträge, Wünsche und Beschwerden. Verschiedenes.

Tischentwurf. Mittwoch, 27. Mai, im Unter.

Bell a. S. Sonntag, 30. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung u. A. Vortrag. Referent wird noch bekannt gegeben.

Goldschmiedere

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu hohen Preisen
Otto Hamann, Neustadt i. E.

Werd ich bei jedem sein,
der **GOLD** u. alle Abfälle
schickt zu **Hammermüller**
Reelle Bed. Nieder-Planitz i. S. Zwickauer Str. 86
H.H. Bed.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w. werden ausgehmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt
H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.

Kaufe
Goldschmiedere
und alle goldhaltigen Sachen.
Reelle Bedienung.
Otto Seifert
Zwickau S., Osterwobstr. 18

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen
Reelle und pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Der Porzellanmaler **Max Zapun** wird ersucht, seine Adresse an **Wilhelm Raschauer**, Porzellanmaler, Eisenberg, S.-A., bekannt zu geben. 10.60.00

Achtung!

Diejenigen Kollegen, welche in **Nürnberg** Stellung treten, hauptsächlich bei der Firma **Gebroding**, werden ersucht, sich zuvor beim hiesigen Kassierer um die Verhältnisse zu erkundigen.
Zahlstelle Nürnberg.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger, solider Brenner u. Seyer der in sämtlichen vorkommenden Arbeiten durchaus tüchtig ist und das Brennen der Defen mit über-schlagender Flamme versteht, sucht in einer Stein-gußfabrik baldigst Stellung! Derselbe eignet sich auch als Vorarbeiter. Offerten unter W. P. 55 an die Redaktion d. Bl.

Ein junger Formgießer der auch Modelle einrichten kann, sucht baldigst Stellung. Offerten unter T. 82 an die Redaktion d. Bl. erbitten.

Schreftemaler

3-4 tüchtige **Emaille-Schreftemaler**, nur beste Kräfte, bei guter Bezahlung gesucht. Thüringischer Enkastrwerk Lanroda i. Th.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **Richard Jahn**, Charlottenburg, Köpenicker Str. 1. Druck u. Verlag: **Otto Goerke**, Charlottenburg, Wassert 69.